

Drei Fragen an ...

Roland Binz

Experte
für Krisen-
kommunikation



1 Herr Binz, FDP-Nationalrätin Christa Markwalder steht seit der Berichterstattung der NZZ letzten Mittwoch unter Druck. Wie beurteilen Sie ihre Krisenkommunikation seither? Christa Markwalder steht kurz vor dem Zenit als designierte Nationalratspräsidentin. Das ist eine unheimlich belastende Situation zur Unzeit. Zwar hat sie am Mittwoch richtigerweise subito und auf allen Kanälen Stellung bezogen. Allzu glaubwürdig wirkte sie aber nicht. Sie ist sich kaum eines Fehlers bewusst und fühlt sich ungerechtfertigterweise an den Pranger gestellt.

2 Markwalder hat ihr Verhalten mit Naivität erklärt. Funktioniert das? Definitiv nicht. Es ist Christa Markwalder in den letzten Jahren gelungen, sich in breiten Kreisen als kompetente Politikerin zu etablieren. Deshalb dürften viele Leute daran zweifeln, wenn sie sagt, sie sei sich der Tragweite ihres Handelns nicht bewusst gewesen.

3 Was hätte Markwalder denn tun sollen? Statt zu versuchen, die Affäre auszusetzen und die mediale Entrüstung als «Sturm im Wasserglas» abzutun, hätte sie von Anfang an und vorausblickend alle Fakten offenlegen und ausreichend Selbstkritik zeigen müssen. So hätte sie selber Transparenz schaffen, die Deutungshoheit zurückgewinnen und ihre Glaubwürdigkeit stärken können.

4 Viele Parlamentarier haben sich mit Markwalder etwa auf Twitter solidarisch gezeigt. Wie erklären Sie sich das? Verflechtungen mit Lobbyisten und Interessensgruppen sind quer durch alle politischen Lager alltäglich. Vermutlich halten sich deshalb sogar politische Gegner zurück. Die Zurückhaltung deutet daraufhin, dass die Kasachstan-Affäre vielleicht nur die Spitze des Eisberges ist, auf dem Christa Markwalder nun exponiert geradestehen muss.

Es wird eng für Markwalder

In der Kasachstan-Affäre nimmt der Druck auf FDP-Nationalrätin Christa Markwalder zu. Die Parlamentsdienste widersprechen ihrer Darstellung.

von Dennis Bühler

Mit einer Medienmitteilung versuchte Christa Markwalder gestern den Befreiungsschlag. «Zu meinen Fehlern stehe ich», schrieb sie. So müsse sie sich unter anderem den Vorwurf der Gutgläubigkeit gefallen lassen. Allerdings sei sie noch nie in Kasachstan gewesen und habe in guter Absicht gehandelt. Und: «Ich habe keine vertraulichen Kommissionsprotokolle oder dergleichen nach Kasachstan geschickt.» Rechtlich betrachtet macht es jedoch keinen Unterschied, ob die Berner FDP-Nationalrätin Dokumente direkt an Kasachstan übermittelte oder diese erst via PR-Agentur Burson-Marsteller nach Zentralasien fanden. «Grundsätzlich gilt: Alle Kommissionsunterlagen sind vertraulich. Sie dürfen nur an Dritte weitergegeben werden, wenn es die Kommission genehmigt», sagte Mark Stucki, Sprecher der Parlamentsdienste, gestern auf Anfrage.

Er widersprach damit der Darstellung Markwalders in der Sonntagspresse. Diese hatte sich mit den Worten zitieren lassen, die rechtliche Regelung sei «unklar». Felix Gutzwiler, Präsident der ständerätlichen Aussenpolitischen Kommission, habe ihr gegenüber von einem «Graubereich» gesprochen. Am Mittwoch hatte die NZZ publik gemacht, dass Markwalder vor zwei Jahren einen Vorstoss einreichte, den ihr eine für Burson-Marsteller arbeitende Lobbyistin vorgelegt und dessen Inhalt diese zum Preis von 7000 Franken im Detail mit einer kasachischen Partei ausformuliert hatte. Seit gestern steht zudem der Vorwurf im Raum, Markwalder habe Kommissionsgeheimnisse verraten.

«Vertrauen gesunken»

Trotz des Eingeständnisses von Fehlern nimmt der Druck auf Markwalder zu. Erste Forderungen, der gegenwärtigen Vizepräsidentin des Nationalrats sei im kommenden Jahr das Präsidialamt zu verweigern, werden laut. «Bestätigt sich die Verletzung des Kommissionsgeheimnisses, kommt Markwalder für das Präsidium

nicht mehr infrage», sagte SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz in der «Sonntags-Zeitung». Die Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin äusserte sich auf Anfrage besorgt, der Fall Markwalder könne dazu führen, dass die aussenpolitische Kommission von



FRAGE DES TAGES

Designierte Nationalratspräsidentin: Wäre Christa Markwalder tragbar?

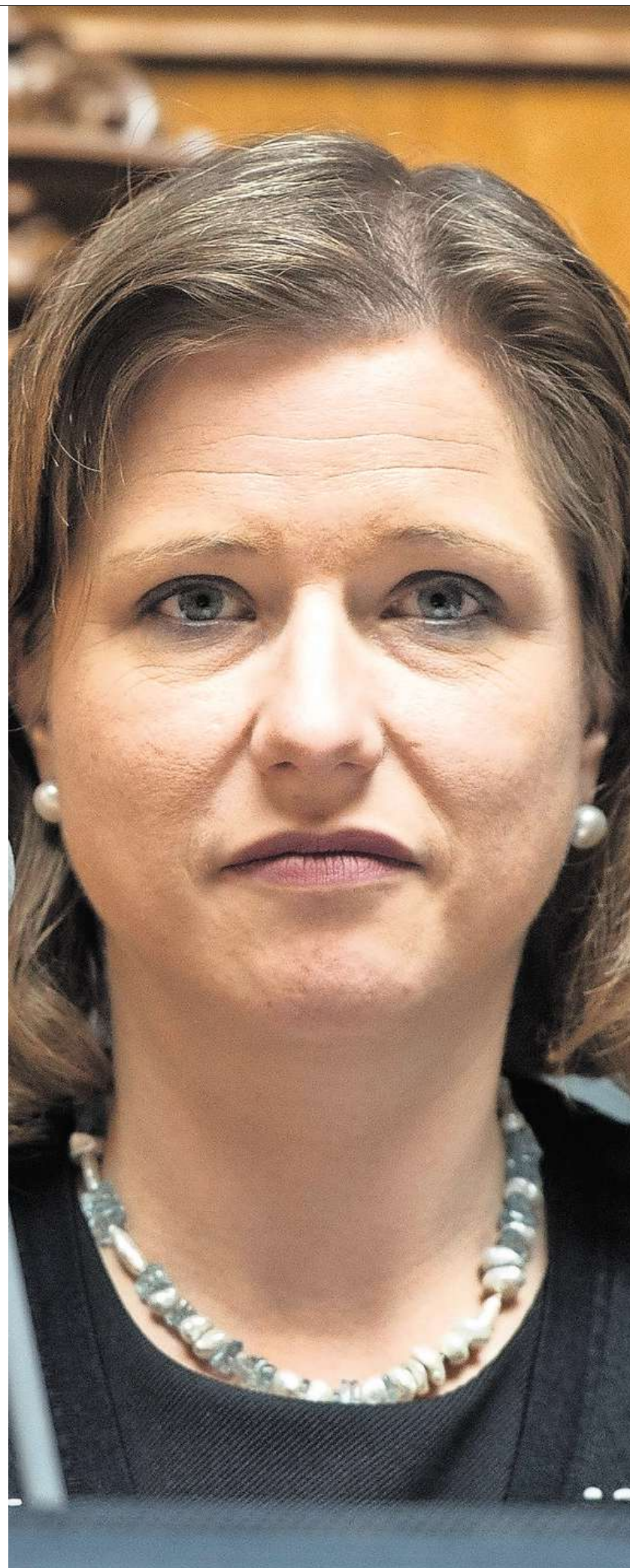
Stimmen Sie heute bis 18 Uhr ab: suedostschweiz.ch

der Verwaltung in Zukunft weniger Informationen aus erster Hand erhalte. «Mein Vertrauen in meine Parlamentskolleginnen und -kollegen ist durch diesen Fall weiter gesunken», sagte sie. Auch Grünen-Co-Präsidentin Regula Rytz äusserte sich kritisch. «Dass ein anderes Land und nicht 'nur' eine Firma wie beispielsweise Glencore hinter dieser Lobbyismus-Offensive steht, gibt diesem Fall eine neue Dimension.»

«Keine Weltverbesserer»

Heute nimmt sich auch Markwalders Partei des Falles an. Die Parteileitung werde über die ganze Angelegenheit beraten und «zu gegebener Zeit» kommunizieren, teilte FDP-Präsident Philipp Müller mit, der sich gestern nicht weiter zur Causa äussern wollte. Dafür sprach der Auserrhoeder FDP-Nationalrat Andrea Caroni. «Eine Public-Affairs-Gesellschaft wie Burson-Marsteller ist keine Vereinigung von Weltverbesserern», sagte er. «Deshalb hätte Christa Markwalder schon hinterfragen müssen, wer hinter diesen Anliegen steckt.» Ihr aus dieser mangelnden Vorsicht nun einen Strick drehen zu wollen, sei allerdings übertrieben. «Wir alle machen Fehler.»

Erhärtet sich der Verdacht, dass Markwalder vertrauliche Dokumente weiterreichte, kann das Büro des Nationalrats tätig werden. Jedes Nationalratsmitglied könne ans Büro gelangen und eine Verletzung des Kommissionsgeheimnisses geltend machen, sagte Stucki. «Dann würde Christa Markwalder vorgeladen und angehört.»



Unter Druck: Erste Forderungen, Christa Markwalder im kommenden Jahr das Nationalratspräsidium zu verweigern, werden laut.

Bild Lukas Lehmann/Keystone

Tote bei Aktion gegen «Terroristen»

Die mazedonische Polizei geht gegen angebliche albanische «Befreiungsarmee» vor. Im Land herrschen kriegsähnliche Zustände.

von Norbert Mappes-Niediek

Schüsse, brennende Häuser, Kolonnen von Flüchtlingen: In Kumanovo, der drittgrössten Stadt Mazedoniens, herrschen seit Samstag kriegsähnliche Zustände. Am frühen Morgen waren die Tiger, eine Spezialeinheit der Polizei, in zwei Stadtviertel eingedrungen, um eine «terroristische Gruppe» von etwa 70 Personen dingfest zu machen, wie der Sprecher von Innenministerin Gordana Jankuloska erklärte.

Acht Polizisten seien bei der Aktion ums Leben gekommen, erklärte die Regierung, mehr als 30 weitere seien verletzt worden. Auf Seiten der Angreifer seien mindestens 14 Personen gestorben. Gerüchte in der Stadt wollten auch von getöteten Zivilisten wissen. Die Krankenhäuser waren überlastet und schickten Patienten in die Hauptstadt Skopje. Immer wieder waren

Schüsse aus Maschinenpistolen zu hören. Tausende Menschen flohen aus den abgeriegelten Vierteln, teils auch über die nahe Grenze nach Serbien, andere wurden evakuiert. Rauch stand über den albanischen Wohngebieten, Panzerfahrzeuge blockierten die Strassen. Staatspräsident Gjorge Ivanov brach seinen Russlandbesuch ab. Die Mission der OSZE in Skopje rief die Bürger auf, kühlen Kopf zu bewahren.

«Terroristen» aus dem Nachbarland

Kurz nach 19 Uhr am Samstag ergaben sich die «überlebenden Terroristen» nach Regierungsangaben der Polizei. Aber auch am Sonntag wurden bei einem Feuergefecht offenbar vier Polizisten leicht verletzt. Den ganzen Tag kreisten noch Helikopter über der Stadt, und es waren Schüsse zu hören. Noch am Samstagabend bekannte sich eine albanische «Volksbefreiungs-

armee» zu nicht näher bezeichneten Angriffen in Kumanovo. Zuletzt hatte Ende April eine Gruppe des Namens «Kosovo-Befreiungsarmee» einen Grenzübergang zwischen Mazedonien und dem Kosovo angegriffen und die Grenzpolizisten dort mehrere Stunden lang festgehalten. Ein «Kommandant Flamur» aus dem Kosovo hatte Mazedoniens Albaner aufgefordert, sich dem Aufstand anzuschliessen. Auch von den «Terroristen» in Kumanovo erklärte die Regierung, ohne Kosovo ausdrücklich zu nennen, sie seien «aus einem Nachbarland» gekommen.

Sowohl die «Kosovo-Befreiungsarmee» als auch die in Mazedonien aktive «Volksbefreiungsarmee», die sich beide UCK abkürzen, gelten eigentlich als aufgelöst. Nach dem Vorbild des Kosovo hatte die mazedonische UCK 2001 versucht, im albanisch besiedelten Westen des Landes eine

«befreite Zone» zu schaffen, war aber gescheitert. Kumanovo mit seinen gut 100 000 Einwohnern war auch damals Schauplatz von Auseinandersetzungen. Die beiden jetzt besetzten Stadtviertel Diva und Tode Mendol sind vorwiegend albanisch besiedelt. Mit knapp zwei Dritteln Mazedoniern und einem Viertel Albaner ähnelt die ethnische Zusammensetzung der Stadt der des ganzen Landes.

Politische Spannungen im Land

An der Darstellung der Polizei, dass der albanische Terrorismus im Lande aufgeflammt sei, wurden am Wochenende Zweifel laut. Denn seit Monaten stehen nicht ethnische, sondern politische Spannungen im Vordergrund. Menschenrechtsorganisationen und westliche Diplomaten beschuldigen die Regierung unter Ministerpräsident Nikola Gruevski einer Rückentwicklung zu

autoritären Verhältnissen. Nach einem Rating der Organisation Reporter ohne Grenzen herrscht im Lande die geringste Medienfreiheit in Europa westlich der früheren Sowjetunion. Seit die Opposition begonnen hat, Mitschnitte abgehörter Telefongespräche aus dem innersten Kreis der Macht zu veröffentlichen, ist die Spannung stark gestiegen. Die Telefonate verriet, dass Minister und Geheimdienstleute über Wahlmanipulationen und Gerichtsurteile verhandelt haben. Am letzten Dienstag war es wegen des Abhörskandals zu Strassenprotesten gekommen. Neun Demonstranten wurden verhaftet und unter Anklage gestellt. Eine ethnische Problemlage komme der Regierung da wie gerufen, meinen prowestliche Kritiker. Die albanischen Parteien, die teils zur Regierung und teils zur Opposition zählen, haben sich aus dem Konflikt bisher herausgehalten.